

GUT GEMEINT

Viele Kommunen haben Beschlüsse gegen ausbeuterische Kinderarbeit. Gut gemeint, aber: Diese reichen noch nicht aus. SEITE 2

GEFORDERT

Würdige Arbeitsbedingungen: Konsumenten in den Industrieländern können einen starken Einfluss ausüben. SEITE 2



GUT GEMACHT

Im Interview: Bremens Finanzsenatorin Karoline Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) über Vergabe mit Verantwortung SEITE 3

GEPRÜFT

Schluss mit Stillstand: Welche Hindernisse zur fairen öffentlichen Vergabe gilt es aus dem Weg zu räumen? SEITE 4



Ausbeutung im Dreischichtensystem: wer hier näht, verdient nicht genug zum Leben.

Hände nicht in Unschuld waschen

Beschaffung: Jetzt sind die Kommunen gefragt

Vergiftete Arbeiterinnen in der Computerproduktion Chinas, endlose Überstunden und entlassene Gewerkschafterinnen bei Arbeitsbekleidungsunternehmen in Rumänien, für Pflastersteine ausgebeutete Kinder in indischen Steinbrüchen – und bei allen Produkten sind die Auftraggeber deutsche Kommunen. Das kann sich jetzt ändern.

Die öffentliche Hand beschafft jährlich Waren und Dienstleistungen in Höhe von 360 Milliarden Euro. Das sind 17 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Den größten Teil dieser Aufträge erteilen Kommunen – und interessieren sich meist nicht dafür, woher ihre Einkäufe kommen, unter welchen Bedingungen sie produziert werden.

Doch diese „Geiz ist geil“-Haltung trifft längst nicht mehr auf alle Städte und Gemeinden zu: Über 170 deutsche Kommunen haben in den letzten Jahren Beschlüsse gefasst, die der Ausbeutung von Mensch und Natur durch öffentliche Aufträge ein Ende setzen sollen. Diese Beschlüsse sind nicht nur getrieben von schlechtem Ge-

wissen, sondern auch von Einsicht: Die massive Kaufkraft der öffentlichen Hand ist geeignet, sozialen und ökologischen Standards in der Produktion weltweit zum Durchbruch zu verhelfen. Würden öffentliche Beschaffer geschlossen nur noch an solche Unternehmen Aufträge vergeben, die „saubere“ Arbeitsbedingungen garantieren können, dürfte sich in den Fabriken vor Ort einiges ändern. Gefährliche chemische Stoffe würden vermieden, schlimme Ausbeutungspraktiken gestoppt, die Einhaltung von Arbeitsgesetzen würde kontrolliert. Doch bislang ist die öffentliche Nachfrage nach solchen Produkten noch zu gering. Den 170 fortschrittlichen Kommunen stehen 11.000 gegenüber, die das Thema nicht interessiert.

Erste Erfolge

Einige, meist kleinere Unternehmen stellen sich auf die wachsende Nachfrage nach ökologisch und sozial „sauberen“ Produkten bereits ein. So sind in den Niederlanden fast alle ArbeitsbekleidungsHersteller, die an die öffentliche Hand verkaufen, Mitglied der Fair Wear

Foundation geworden – und haben sich damit verpflichtet, Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen in ihren Fabriken und bei ihren Zulieferern einzuhalten und zu kontrollieren. Deutsche Kommunen, denen dies ein Anliegen ist, mussten bislang ihre Arbeitsbekleidung in den Niederlanden einkaufen. Doch jetzt hat sich die deutsche Firma Hess Natur auf die wachsende Nachfrage der öffentlichen Hand eingestellt und eine neue Abteilung für Großkunden geschaffen.

Ihr gutes Recht

Lange Zeit haben Kommunen gezögert, Beschlüsse zur nachhaltigen Beschaffung zu fassen, und wurden unter anderem vom Städte- und Gemeindebund wegen „rechtlicher Bedenken“ davon abgehalten. Doch mittlerweile ist die Rechtslage klar: Nachdem die EU bereits 2004 eine entsprechende Richtlinie erlassen hatte, wurde diese im vergangenen Jahr endlich ins deutsche Recht übernommen. In die Vergaberechtsreform wurde – noch unter der alten Bundesregierung – folgender Satz aufgenommen:

„Für die Auftragsausführung können zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer gestellt werden, die insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte betreffen.“ Zwar sind die öffentlichen Auftraggeber damit nicht verpflichtet, Menschenrechte und Umweltschutz mit ihrer Beschaffung zu fördern, aber sie dürfen es. Der FDP und Teilen der CDU geht das zu weit. So wurde im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung festgehalten, dass diese Regelung überprüft und gegebenenfalls revidiert werden soll.

Der Bund versagt

Doch viele Städte, Gemeinden und Bundesländer lassen sich davon nicht beeindrucken. Sie setzen um, was in anderen europäischen Ländern schon längst Usus ist, beginnen meist mit einzelnen Produkten wie

Blumen, Kaffee, Holz und Steinen, bei denen es Zertifikate oder gar Fair-Trade-Siegel gibt. Doch auch bei Kleidung und Computern werden erste Erfahrungen mit „sauberer“ Beschaffung gemacht. Ein großes Handicap dabei ist jedoch die Untätigkeit des Bundes. Bislang muss noch jede Kommune selbst Standards entwickeln und überlegen, wie sie die Einhaltung überprüfen kann. Würde der Bund diese Aufgabe übernehmen und den Unternehmen ermöglichen, sich für ein zentrales Register zu qualifizieren, könnte das der ökologischen und sozialen Beschaffung einen großen Schub geben. Ein konkreter Vorschlag wurde vom CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung mit dem „Aktionsplan sozial-ökologische öffentliche Auftragsvergabe“ auf den Tisch gelegt (siehe Materialliste).

Jetzt handeln!

Doch solange der Bund untätig bleibt, müssen die Kommunen vorangehen! Sie müssen Beschlüsse fassen, die nicht nur ausbeuterische Kinderarbeit ausschließen, sondern Menschen- und Arbeitsrechte sowie Umweltschutz grundsätzlich zu Kriterien für ihre Auftragsvergabe erheben. Auf den bisher gemachten Erfahrungen anderer Kommunen kann aufgebaut werden, Musteranträge und -ausschreibungen liegen vor – meist fehlt nur der politische Wille oder der Anstoß von außen. Aus diesem Grunde startet die Christliche Initiative Romero zusammen mit dem CorA-Netzwerk nun eine Aktion, die den Druck von unten erhöhen soll. Schicken Sie eine Aktionspostkarte an Ihre Bürgermeisterin oder Ihren Bürgermeister, Ihren Oberbürgermeister oder Ihre Oberbürgermeisterin, ebenso an den Rat Ihrer Stadt oder Gemeinde, mit der Aufforderung, aktiv zu werden! Sie sollen die Macht der Kommunen nutzen! Denn eines steht ohne Zweifel fest: **Faire Beschaffung ist machbar, wenn der Wille dazu vorhanden ist.**

Wie sich die Zeiten ändern:

Einige, meist kleinere Unternehmen stellen sich bereits auf die Nachfrage nach „sauberen“ Produkten ein.



Schritt für Schritt zur FAIRgabe



2003 Der Münchner Stadtrat beschließt, von seinen Lieferanten den Nachweis darüber einzufordern, dass die angebotenen Produkte ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden. München wird damit deutschlandweit zum Vorbild für andere Kommunen.



2004 Im März verabschiedet das EU-Parlament die Richtlinien 2004/17/EG (Art. 38) und 2004/18/EG (Art. 26). Diese EU-Richtlinien erlauben den Regierungen und Behörden ausdrücklich die öffentliche Auftragsvergabe nach Nachhaltigkeitskriterien.

Zu kurz gegriffen

Beschlüsse gegen ausbeuterische Kinderarbeit reichen nicht aus

Es gibt politische Diskussionen in Deutschland, die in ihrem Ergebnis auf den ersten Blick so schlüssig und zwingend wirken, dass man einen zweiten Blick gar nicht mehr für notwendig hält. Allein, ein solcher zweiter, die Dinge nochmal gegen den hergestellten Konsens überprüfender Blick würde so manches Mal verstörende Missverhältnisse zutage fördern. Fatale Fehlsichten und -einschätzungen, deren Konsequenzen letztlich allem zuwiderlaufen, was man eigentlich bezweckt hatte.

Die Beschlüsse zahlreicher Kommunen in Deutschland gegen ausbeuterische Kinderarbeit in Ländern des Südens sind ein trauriges aktuelles Beispiel hierfür. Sie zeigen auf, dass das Gegenteil von „gut“ immer noch allzu oft „gut gemeint“ ist. Dass der politische Konsens, der den Kommunen letztlich auch ein gutes Gewissen garantiert, auf dem Rücken Anderer erreicht wurde. Denn die Wirkung dieser Beschlüsse, die ohne Zweifel in bester Absicht getroffen wurden, ist fatal: Sie verbessern die Lage in ausbeuterischer, entwürdigender Arbeit gefangener Kinder nicht. Im Gegenteil, sie verschlimmern häufig nur noch deren Situation.

Die Kommunen, die Beschlüsse gegen ausbeuterische

Kinderarbeit auf den Weg gebracht haben, sehen diese Initiativen als wirksamen Baustein eines eigenen Konzeptes fairer öffentlicher Beschaffung. Dass sie sich daran gemacht haben, ihre Beschaffungspraxis auch an einer Verbesserung des traurigen Loses von Kinderarbeitern auszurichten, verdient Anerkennung. Aber: So gut diese Beschlüsse im Prinzip sind – sie blenden das eigentliche Problem, das hinter der Arbeit von Kindern in Ländern des Südens steht, aus. Sie ändern nichts an der grundsätzlichen Misere in der südlichen Hemisphäre, die sich beispielsweise darin äußert, dass erwachsene Arbeiter oftmals kein Einkommen erwirtschaften können, das ihre Existenz sichert.

„Natürlich müssten wir nicht arbeiten, aber dann würden wir vor Hunger sterben.“
Ariel, 17 Jahre, aus Buenos Aires (Argentinien)

Arbeiter in Ländern des Südens erhalten für ihre Schufertei in aller Regel Hungerlöhne. Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Auch dort, wo Mindestlöhne festgesetzt wurden, sind diese nicht geeignet, die Existenz der Arbeiter zu sichern. Die Löhne dienen vielmehr der Werbung von Investoren. Die lieben es günstig.

Eine ausreichende, würdige Entlohnung für Arbeiter fällt hier in aller Regel ebenso unter den Tisch wie wichtige Arbeitsrechte. Sind aber die erwachsenen Mitglieder einer Familie nicht in der Lage, ausreichend zum Lebensunterhalt der Gemeinschaft beizutragen, sind Kinder schlichtweg gezwungen, hier in die Bresche zu springen. Fazit: So lange in den Ländern des Südens keine existenzsichernden, würdigen Löhne für Erwachsene gezahlt werden, so lange werden die Kinder zu arbeiten gezwungen sein, damit sie und ihre Familien nicht verhungern.

Die internationale Ächtung der Kinderarbeit wird diesen einfachen Tatsachen nicht gerecht. Mehr noch, sie zwingt die kleinen Arbeiter in die Illegalität, macht sie hierdurch noch leichter ausbeutbar. Die Beschlüsse der Städte und Gemeinden tragen, so bitter sie dies ankommen mag, das ihrige hierzu bei.

Kommunen in Deutschland können nur dann einen wirklich wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Misere im globalen Süden leisten, wenn sie alle wichtigen Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) berücksichtigen. Wenn sie es nicht bei einem wohlfeilen Beschluss gegen ausbeuterische Kinderarbeit belassen, sondern in ihrem Be-



Arbeiten, um zur Schule zu gehen: Mädchen aus Nicaragua beim Straßenverkauf

schaffungskonzept existenzsichernde Löhne ebenso ein fester Baustein werden wie Gewerkschaftsfreiheit in den Herstellerländern und andere Maßnahmen, die auf eine Arbeit in Würde abzielen. Erst das Zusammenwirken all dessen wird dafür sorgen, dass auch ausbeuterische Kinderarbeit in Ländern des Südens ein Ende findet.

Beschlüsse gegen ausbeuterische Kinderarbeit greifen, so richtig sie im Ansatz sind, zu kurz. Bewirken, was sie nicht bewirken wollen und sollen. Die Kommunen, die sich auf diese Weise auf der sicheren Seite wähnten, haben noch eine Menge Arbeit – und politische Diskussionen vor sich. Ein zweiter Blick auf solche Beschlüsse ist nötig. ●

Quo vadis, Beschaffung?

Studie und Leitfaden geplant

Die Christliche Initiative Romero setzt sich als Trägerorganisation der Kampagne für Saubere Kleidung (CCC) seit vielen Jahren für soziale Standards in der Bekleidungsproduktion ein. Aufgrund dieser Erfahrungen fragen Kommunen an, wie sie ökofaire Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung konkret anwenden können. Darunter fallen auch Anfragen zu fairen Arbeitsbekleidungsstellern.

Im Zuge der Beratungen und gemeinsamen Treffen mit Vertretern aus Kommunen und Ländern ist deutlich geworden, mit wie vielen Schwierigkeiten die Städte bei der Umsetzung von Beschlüssen zum Beispiel gegen ausbeuterische Kinderarbeit oder zur Einhaltung der ILO-Normen konfrontiert sind.

Umfrage gestartet

Um einen Überblick über den Stand der Umsetzung der Beschaffung nach sozialen Kriterien zu gewinnen, aber auch, um die Chancen, Herausforderungen und konkrete Handlungsmöglichkeiten formulieren zu können, führt die CIR aktuell eine Umfrage zum Stand der Umsetzung ökofairer Beschaffung in den Kommunen durch. Die Ergebnisse der Umfragen werden in einer Studie publiziert, die im Herbst 2010 erscheint.

Darüber hinaus wird die CIR gemeinsam mit anderen Organisationen des CorA-Netzwerks für Unternehmensverantwortung ab Sommer 2010 einen Leitfaden für ökofaire Beschaffung herausgeben. Darin werden Tipps und Informationen zusammengefasst, wie man als Gruppe oder Einzelperson für die faire Beschaffung aktiv werden kann. Auch Aktionsvorschläge und konkrete Produktbeispiele werden darin nicht fehlen.

Wenn Sie Interesse an den Materialien haben, wenden Sie sich bitte an fincke@ci-romero.de



„Wenn ich meinen Gürtel nicht enger schnalle, muss ich mir Geld von Freunden leihen. Ich habe früher dreimal am Tag gegessen, jetzt musste ich das auf zwei Mahlzeiten kürzen.“
Näherin bei einem Puma-Zulieferer* in China

* Sowohl Puma als auch adidas beliefern das Landeslogistikzentrum Niedersachsen, eine Zentralstelle für die nördlichen Bundesländer, mit Polizeikleidung.

Konsumenten können einen starken Einfluss ausüben

Evangelina Argueta im Brennpunkt-Interview über Arbeitsbedingungen in Honduras

Die Bekleidungsfabrik Jerzees de Honduras (JDH), die für Russell Athletic, einen der führenden amerikanischen Hersteller, Freizeit- und Sportkleidung fertigt, wurde im Januar 2009 geschlossen, um eine gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen zu verhindern. Das Unternehmen Dagdas Project bietet Polizei-T-Shirts der Marke Russell Athletic an. Evangelina Argueta, Führerin der Gewerkschaft Central General de Trabajadores (CGT) in Honduras, setzte sich für die entlassenen Arbeiterinnen ein. Im November 2009 erfolgte schließlich eine außergewöhnlich positive Einigung. Im Interview berichtet Evangelina Argueta von ihren Forderungen an die öffentliche Hand in Deutschland.

Wie waren die Arbeitsbedingungen in der ehemaligen JDH-Fabrik?

Die Arbeiterinnen durften weder ihre Meinung äußern noch sich unterhalten. Der Druck, bestimmte Produktionsquoten zu erfüllen, war sehr hoch. Hinzu kam die häufig schlechte Behandlung durch die Aufseherinnen.

Wie viele Bekleidungsunternehmen, produziert auch Russell nicht nur für private Konsumenten. Hätte die öffentliche Hand mit der Einforderung sozialer Kriterien die Lösung des Falles Russell positiv unterstützen können?

Ja. Konsumenten in den Industrieländern können einen starken Einfluss auf die Markethersteller ausüben und spielen daher eine bedeutende Rolle in Bezug auf die Einhaltung von Arbeits- und Menschenrechten. In Entwicklungsländern gibt es hierbei kaum Fortschritte. So wissen zum Beispiel die Inspektoren der honduranischen Fabriken nicht einmal von den Verhaltenskodizes der Unternehmen. Außerdem glauben sie, dass Hersteller wie Russell uns einen Gefallen tun, indem sie uns Arbeit geben. Die große Unterstützung unserer Forderungen durch Konsumenten weltweit war ausschlaggebend dafür, dass Russell einer Wiedereröffnung der JDH-Fabrik zugestimmt hat.

Die übrigen Weltmarktfabriken in Honduras sind besorgt, besonders da Russell auch die Gewerkschaft anerkannt hat. Sie fürchten, dass nun auch sie die Vergünstigungen und Be-

dingungen für die Arbeiterinnen verbessern müssen.

Insgesamt kauft die öffentliche Hand in Deutschland für über 360 Milliarden Euro jährlich Produkte und Dienstleistungen ein. Immer noch zählt das günstigste Angebot. Was sind Ihre

Forderungen an die öffentliche Hand in Deutschland, um einen Beitrag zur Einhaltung von Arbeitsrechten zu leisten?

Die öffentliche Hand müsste sicherstellen, dass die Arbeitsrechte und die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wie etwa das

Recht auf Vereinigungsfreiheit und kollektive Verhandlungen eingehalten werden – und die Anklagen gegen Rechtsverletzungen koordinieren. ●

Das vollständige Interview finden Sie auf www.ci-romero.de



Eine Gewerkschaftsführerin in Aktion: Evangelina Argueta



Frühjahr 2006 Als erste Stadt in Deutschland verabschiedet Neuss den Beschluss, bei der öffentlichen Auftragsvergabe die Einhaltung aller ILO-Normen zu fordern.

CorA Corporate Accountability
Netzwerk für Unternehmensverantwortung

Herbst 2006 Zusammen mit zahlreichen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen gründet die Christliche Initiative Romero (CIR) das Netzwerk für Unternehmensverantwortung CorA (Corporate Accountability). Im Rahmen des CorA-Netzwerks kämpft die CIR für verbindliche Unternehmensverantwortung – auch bei der öffentlichen Vergabe.

Bremen zeigt Flagge

Ein kleines Bundesland wird zum Vorbild für andere: Bremen hat im November vergangenen Jahres die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bei der Beschaffung öffentlicher Güter gesetzlich verankert. Im Interview gibt Bremens Finanzsenatorin Karoline Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) Auskunft darüber, wie man das angeblich Unmögliche möglich macht.

Wie ist das bremische Gesetz zur fairen Beschaffung zustande gekommen?

Faire Beschaffung ist ein Thema, mit dem sich der Bremer Senat und die Bürgerschaft seit Jahren intensiv beschäftigen. Im November 2009 hat die Bremer Bürgerschaft das Tariffreie- und Vergabegesetz verabschiedet, das seit dem 2. Dezember 2009 für alle öffentlichen Auftraggeber Bremens gilt. Danach dürfen öffentliche Bau- und Dienstleistungsaufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die ihren ArbeitnehmerInnen einen Stundenlohn von mindestens 7,50 Euro zahlen.

Zudem verlangt das Gesetz, bei öffentlichen Aufträgen darauf hinzuwirken, dass die eingekauften Waren unter Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen hergestellt worden sind. Das gilt sowohl für Natursteine und Granit, die auf öffentlichen Baustellen verwendet werden, als auch zum Beispiel für Computer und Dienstkleidung, die wir einkaufen.

Wie haben Sie es angesichts knapper Haushalte geschafft, eine politische Mehrheit für faire Beschaffung zu bekommen?

Für die Politik des Bremer Senats ist der Gedanke der Nachhaltigkeit von besonderer Bedeutung. Der Kauf scheinbar billiger Produkte, die schnell kaputtgehen, rechnet sich unter dem Strich nicht. Ähnliches gilt beispielsweise für umweltbelastende Materialien, die ir-

gendwann teuer entsorgt werden müssen. Außerdem haben wir eine Verantwortung gegenüber den Menschen, die von uns gekaufte Waren produzieren.

Sicherlich kann der Einkauf einiger Produkte teurer werden, wenn wir zum Beispiel für die Kitas nur noch Spielzeug einkaufen, das unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen hergestellt worden ist. Insgesamt wollen wir aber beim öffentlichen Einkauf einsparen, indem wir Produkte und Nachfrage stärker bündeln und standardisieren. Dadurch können wir bessere Einkaufskonditionen erzielen.

Seit Anfang dieses Jahres ist das Land Bremen mit der konkreten Umsetzung der Beschaffung nach sozialen und ökologischen Maßgaben betraut. Kaufen Sie schon nach sozialen und ökologischen Kriterien ein? Gibt es schon „gute Beispiele“?

Bereits seit dem 1. Januar wird die Bremer Verwaltung komplett mit Öko-Strom versorgt. Bei der Beschaffung von Büromaterialien fordern wir bestimmte Qualitätssiegel wie den Blauen Engel. Bei der jüngsten Ausschreibung für Computer und Arbeitsplatzdrucker wird neben der Einhaltung von Standards wie zum Beispiel Energy-Star 4.0 explizit die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen verlangt. Gegenwärtig sind wir dabei, Reinigungsmittel für unsere Putzkräfte auszuschreiben. Zum Angebot auffordern werden wir nur Unternehmen, die die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen bei der Herstellung der Mittel nachweisen können.

Auch wenn es seit April vergangenen Jahres mit der neuen Kann-Regelung im Vergaberecht sowohl für Länder als auch Kommunen mehr Rechtssicherheit gibt, um nach sozialen Kriterien einzukaufen, hapert es häufig an der praktischen Umsetzung. Mit welchen Problemen ist Bremen bei der konkreten Umsetzung der neuen Beschlüsse konfrontiert? Und welche Maßnahmen müssen nun auf europäischer oder auf Bundesebene folgen?

Zurzeit arbeiten wir daran, genauer festzulegen, welche Nachweise wir von den Bietern zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen verlangen können und wollen und wie wir diese Einhaltung kontrollieren können. Hier herrscht noch Rechtsunsicherheit. Hinzu kommen praktische Probleme bei der Umsetzung. So mussten wir bei der Vorbereitung der bereits erwähnten Ausschreibung von Reinigungsmitteln feststellen, dass es gar nicht so einfach ist, Unternehmen zu finden, die Arbeitskleidung herstellen und dafür durch die Fair Wear Foundation oder vergleichbare Organisationen zertifiziert



„Ökofairer Einkauf ist langfristig nicht kostspieliger“: Karoline Linnert, Senatorin für Finanzen des Landes Bremen, räumt mit Legenden auf.

sind. Ich gehe davon aus, dass die öffentliche Debatte über faire und ökologische Beschaffung und eine wachsende Nachfrage die Angebotspalette vergrößern werden.

Wie geht es in Bremen in Sachen fairer Einkauf weiter? Wird die Umsetzung des Gesetzes kontrolliert?

Wir haben einen Beirat für sozial und ökologisch verantwortungsvolles Verwaltungshandeln. Dort beraten Verwaltungsfachleute mit ExpertInnen aus entwicklungspolitischen Initiativen, Umweltorganisationen, Wissenschaft und Angestelltenkammer über praktische Aspekte eines verantwortungsbewussten Einkaufs. Die enge Zusammenarbeit von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren ist für beide Seiten produktiv. Positiv angelaufen sind Schulungen für die mit dem Einkauf beschäftigten VerwaltungsmitarbeiterInnen. Die Einhaltung von Mindest- beziehungsweise Tariflöhnen bei Bau- und Dienstleistungsaufträgen soll eine Sonderkommission des Senats kontrollieren. Wenn es darum geht, ob die ILO-Kernarbeitsnormen bei der Warenproduktion eingehalten werden, sind wir als öffentlicher Auftraggeber besonders auf den Austausch zum Beispiel mit NGOs und Politik angewiesen.

Haben Sie eine Empfehlung für andere Kommunen und Länder, die einen Beschluss zum Thema „Faire Beschaffung“ planen?

Ja. Ihnen ist anzuraten, es

nicht nur bei einem Beschluss oder einem Gesetz zur fairen Beschaffung zu belassen. Vielmehr müssen Kommunen und Länder zugleich eine konkrete Vorstellung davon entwickeln, wie und nach welchen Grundsätzen sie ihren Einkauf steuern wollen. In Bremen sind wir dabei, im Rahmen des Projektes „Aktiver Einkauf – sozial, ökologisch und wirtschaftlich“ Einkaufsstellen und -abläufe so umzustrukturieren, dass fairer Einkauf selbstverständlich wird. ●



„Mir persönlich ist das Thema ‚Ökofaire Beschaffung‘ ein großes Anliegen. Ich empfinde es als unerträglich, mich durch mein Einkaufs- und Konsumverhalten an der Ausbeutung von Menschen zu beteiligen, die den unfaireren und unsozialen Handelsstrukturen und -praktiken oft schutzlos ausgeliefert sind und die sich aus ihrer Armut und Abhängigkeit allein nicht befreien können.“ Erhard Bürse-Hannig von der Caritas Gronau zum Thema Faire Beschaffung

Das ausführliche Interview finden Sie auf www.ci-romero.de

Konkurrenz auf dem Arbeitsbekleidungsmarkt

Hess Natur erkennt faire Marktücke

Wir haben den Beschluss in unserer Gemeinde, wir wollen ihn auch umsetzen, aber wir wissen nicht, wo wir sauber hergestellte Arbeits- und Dienstkleidung kaufen können.“ Dieser Satz ist häufig aus dem Munde verzweifelter kommunaler Beschaffer zu hören. Bislang hat sich kein deutsches Arbeitsbekleidungsunternehmen verpflichtet, Sozialstandards bei seiner Produktion einzuhalten und sich unabhängig kontrollieren zu lassen. Dies führt dazu, dass zum Beispiel die Stadt Neuss ihre Bekleidung in den Niederlanden einkauft. Doch diese Zeiten scheinen nun, wenigstens was einige wenige Arbeitsbekleidungsstücke betrifft, vorbei zu sein.

Zum Ende vergangenen Jahres hat die Firma Hess Natur, Deutschlands größter Naturtextilversender, eine Abteilung für Großkunden eingerichtet. Hess Natur ist das einzige Unternehmen in Deutschland, das sich unabhängig durch die Fair Wear Foundation (FWF) kontrollieren lässt.

Bei dem Unternehmen Hess Natur kann auch die öffentliche Hand zu besonderen Konditionen einkaufen. Auch ist es kein Problem mehr, die Textilien mit Stadtlogos oder -schrift-

zügen zu besticken oder zu bedrucken. Die Stadt Dortmund hat von diesem neuen Angebot der Firma Hess Natur schon Gebrauch gemacht. Sie hat die Mitarbeiter ihrer Ratskantine mit T-Shirts von Hess Natur ausgestattet.

Doch es gibt auch noch andere Möglichkeiten, saubere Arbeitskleidung zu beschaffen. So kaufte etwa die Straßenmeisterei in NRW ihre Schutzkleidung über einen Großhandel bei der Firma HydroWear, einem niederländischen Arbeitsbekleidungsunternehmen, das Mitglied der Fair Wear Foundation ist. Da in dem Katalog des Großhändlers nicht ersichtlich ist, dass HydroWear sauber produziert, kaufte die Straßenmeisterei NRW sauber ein, ohne es zu wissen.

„Die deutschen Arbeitsbekleidungsunternehmen müssen sich endlich einen umfassenden Verhaltenskodex geben und die Einhaltung von Sozialstandards unabhängig kontrollieren lassen“, so Christiane Schnura, Koordinatorin der Kampagne für Saubere Kleidung. Darüber hinaus sollte es in den Katalogen der Arbeitsbekleidungsgrößen endlich ersichtlich sein, wenn ein Unternehmen nachprüfbar sauber produziert. ●



Im Einsatz für würdige Arbeit: Die Kampagne für Saubere Kleidung übt Druck auf die weltweite Bekleidungsindustrie aus.

Wettbewerbsnachteil für schwarze Schafe

Beschaffung: Die Menge macht's

Wie viel Druck kann eine Kommune, die mit einer fairen Beschaffung Ernst machen möchte, auf Produzenten und Dienstleister ausüben? Das Zahlenbeispiel der Stadt Bonn macht deutlich, dass das Volumen der kommunalen Beschaffung bereits im Einzelfall von einigem Gewicht ist.

Allein die Stadt Bonn beschafft jährlich für 300 bis 400 Millionen Euro. Die Zahl der einzelnen Vergaben liegt dabei Jahr für Jahr bei 10.000. Insgesamt 90 Prozent dieser Vergaben können von der Stadtverwaltung beschränkt beziehungsweise frei ausgeschrieben werden. Dies bedeutet, dass die Stadt bestimmte

Unternehmen direkt auffordern kann, ein Angebot für ein Beschaffungsvorhaben abzugeben.

Würde die Stadtverwaltung im Rahmen solcher Vergaben ausschließlich solche Unternehmen ansprechen, die fair herstellen lassen, könnte die Stadt auf diese Weise großen Druck auf die schwarzen Schafe der Branche aufbauen. Denn diese sähen sich unvermittelt mit einem Wettbewerbsnachteil konfrontiert.

Auch Bonn ist aktuell bestrebt, alle Normen der Internationalen Arbeitsorganisation in der Vergabe zu berücksichtigen. Das bietet interessante Aussichten. ●



Hilda Reisner vom Bremer Entwicklungspolitischen Netzwerk (BeN) rät anderen Gruppen und Initiativen, die Aktivitäten zum Thema planen: „Eine wichtige Voraussetzung ist die Schaffung von Öffentlichkeit und die Vernetzung interessierter Gruppen untereinander. Es ist sinnvoll, das Gespräch mit Politik und Verwaltung zu suchen und zu überlegen, welche Verbündete es noch geben könnte, zum Beispiel Kirchen, Gewerkschaften und so weiter. Es lohnt sich, Beispiele aus anderen Städten aufzugreifen und Vertreter für Veranstaltungen einzuladen. Nach einem entsprechenden Ratsbeschluss muss der Prozess weiter begleitet und durch die Zivilgesellschaft kontrolliert und unterstützt werden.“

Das ausführliche Interview finden Sie auf www.ci-romero.de



2007 Als erstes deutsches Bundesland beschließt Bayern, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu beschaffen. Im nordrhein-westfälischen Landtag scheitert diese Initiative: Die Regierungsparteien CDU und FDP lehnen einen Antrag gegen ausbeuterische Kinderarbeit ab.



April 2009 Bundestag und Bundesrat beschließen die Reform des Vergaberechts. Soziale und ökologische Kriterien können bei der öffentlichen Auftragsvergabe angewendet werden.

FAIRgabe leicht gemacht Was Sie selbst tun können

Ob als Einzelperson oder in einer Gruppe: Indem Sie sich in Ihrer Kommune für einen fairen Einkauf engagieren, können Sie einen wichtigen Beitrag für eine gerechtere Welt und eine lebenswertere Umwelt leisten. Bei der Christlichen Initiative Romero gibt es Protestpostkarten, die Sie an den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin sowie an Ihren Gemeinderat schicken können.

Aber auch darüber hinaus gibt es vielfältige Möglichkeiten, aktiv zu werden. Machen Sie Ihre Verwaltung und die Politiker auf die Missstände beim öffentlichen Einkauf aufmerksam, indem Sie

- Verbündete suchen (Aktive in Kirchengemeinden, lokale Gruppen, Agenda-Gruppen, Eine-Welt-Läden etc.)
- Kontakt zu Parteien und/oder Mitgliedern der Ratsfraktionen suchen
- dort einen Antrag initiieren oder selber einen Bürgerantrag stellen
- mit der Verteilung und Versendung der Aktionspostkarten und -zeitung für das Thema in der Bevölkerung und beim Bürgermeister werben
- mit den Informationsmaterialien einen Infostand vor Ihrem Rathaus organisieren.

Weitere Tipps, Unterstützung und Informationsmaterialien bekommen Sie bei der Christlichen Initiative Romero unter cir@ci-romero.de



Faire und ökologische Beschaffung schont Ressourcen und kann einen Schub für Menschenrechte weltweit auslösen. Diese Erkenntnis bleibt nicht auf Deutschland beschränkt. Inzwischen gibt es europaweit Initiativen, nach sozialen und ökologischen Kriterien einzukaufen. Der faire Wille ist vorhanden. Doch an der konkreten Umsetzung hapert es oft. Folgende Hindernisse gilt es zu überwinden.

1. HINDERNIS

Auch nach Vorgaben der politischen Gremien finden Ausschreibungen nach sozialen Kriterien in der Praxis selten Anwendung. Oft verschimmeln Beschlüsse in den Schubladen der Verwaltung. Es wird häufig versäumt, die Umsetzung der Beschlüsse im Blick zu behalten: Schulungsmaßnahmen für die öffentlichen Auftraggeber und Berichte der Verwaltung über die erfolgten Maßnahmen und Erfahrungen sind unverzichtbar.

2. HINDERNIS

Es gibt keine öffentliche Institution, welche die Einhaltung etwa der Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) oder des Verbots von ausbeuterischer Kinderarbeit kontrolliert. Will die Stadtverwaltung die Einhaltung konkret überprüfen, ist sie bestenfalls mit Eigenerklärungen der Unternehmen konfrontiert. Diese Erklärungen entsprechen oft keinerlei Vorgaben und können absurd ausfallen. Beispiel: „Ich als Unternehmer weiß, was für schlimm Kinderarbeit ist. Deswegen kann ich Ihnen bestätigen, dass bei der Produktion meiner T-Shirts keine Kinder beschäftigt wurden.“ Nur selten werden konkrete,

aussagekräftige Nachweise über die Einhaltung der Normen oder zumindest den Versuch ihrer Umsetzung verlangt.

3. HINDERNIS

Sinnvoll wäre, das Engagement zur Einhaltung der Sozialstandards von anderen Organisationen kontrollieren und bestätigen zu lassen, ohne Kosten für die Kommune. Bei Ausschreibungen kann zum Beispiel die Mitgliedschaft in einer Zertifizierungs- oder Siegelinitiative gefordert werden. Diese Initiativen fordern nicht nur Standards, sondern kontrollieren auch deren Umsetzung. Es sollten immer Initiativen mit den höchsten Standards gefordert werden.

Nach einem Ratsbeschluss hört die Arbeit nicht auf. Weiterführende Umsetzungsschritte sind häufig notwendig, etwa ständiges Nachfragen in der Verwaltung.

Doch was tun bei Produkten, bei denen es noch keine Siegel- oder Zertifizierungsinitiativen gibt? Hier könnten – zunächst bei großen Aufträgen – unabhängige Gutachten von internationalen Prüfgesellschaften Abhilfe schaffen. Langfristig müsste ein zentrales Register eingerichtet werden, das den kommunalen Beschaffern auf einen Blick die Frage beantwortet, welche Un-



Die Arbeiter sind permanenten Gefahren ausgesetzt: Pestizide beim Ernten von Blumen führen zu schlimmen Erkrankungen. Foto: FIAN

ternehmen freiwillig welche Standards einhalten und unabhängig kontrollieren lassen. Hier ist die Bundesregierung gefordert – und der Druck der Kommunen.

4. HINDERNIS

Die Sorge vieler Auftraggeber ist, daß die Einführung sozialer Kriterien dem Wettbewerbsrecht widersprechen könnte. Christoph Bartscher, Leiter der Vergabestelle der Stadt Bonn, entgegnet dieser Sorge treffend: „Erst die Berücksichtigung sozialer Kriterien schafft einen fairen Wettbewerb.“ Denn nur so werden Unternehmen, die Mehrkosten in der Produktion und Kontrolle in Kauf nehmen, auch gleich behandelt. Erste Ergebnisse einer Firmen-

umfrage der Christlichen Initiative Romero haben ergeben: Jene Arbeitsbekleidungsunternehmen, die schon Schritte in Richtung sozialer Standards gehen, fordern einheitliche und überprüfbare Kriterien bei den Ausschreibungen.

Ziellinie „faire Beschaffung“ im Blick

Um Hindernisse aus dem Weg zu räumen, ist es wichtig, die Verwaltungen jener Kommunen, in denen es schon Beschlüsse gibt, aufzufordern, gegenüber Rat und Öffentlichkeit Rechenschaft über den Stand der Umsetzung der ökofairen Beschaffung abzulegen. In Kommunen, in denen künftig Ratsbeschlüsse zur Einhaltung der ILO-Normen angestrebt werden, sollten die Kontrolle der Beschlussumsetzung sowie die Zusammenarbeit mit NGOs und der Zivilgesellschaft direkt mit eingefordert werden. •

Bei Fragen zur konkreten Umsetzung der Beschlüsse wenden Sie sich bitte an die Christliche Initiative Romero, Johanna Fincke, Telefon 02 51-8 95 03, fincke@ci-romero.de



Christliche Initiative Romero

Die Christliche Initiative Romero (CIR) setzt sich seit 1981 für Arbeits- und Menschenrechte in Ländern Mittelamerikas ein. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Unterstützung von Basisbewegungen und Organisationen in Nicaragua, El Salvador und Guatemala sowie die Kampagnen- und Bildungsarbeit in Deutschland. Ziel ist, eine Brücke zwischen den Entwicklungsländern und Deutschland zu schlagen. Im Sinne ihres Namensgebers, des 1980 ermordeten salvadorianischen Erzbischofs Oscar Romero, setzt sich die Initiative gegen Ungerechtigkeitsverhältnisse ein und ergreift Partei für die Armen. Vor diesem Hintergrund hat die CIR jetzt die Kampagne „Jede Kommune zählt“ ins Leben gerufen. Faire kommunale Beschaffung kann aktiv einen Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Ländern des Südens leisten. Unterstützen Sie die Christliche Initiative Romero in ihrer Kampagnenarbeit!

Informationen unter: www.ci-romero.de



Netzwerk für Unternehmensverantwortung (CorA)

Im September 2006 schlossen sich 37 Nichtregierungsorganisationen zum Netzwerk für Unternehmensverantwortung CorA (Corporate Accountability) zusammen. Gemeinsam wollen sie die gesellschaftliche Debatte über das wirtschaftliche und politische Handeln transnationaler Unternehmen verstärken und für Corporate Accountability eintreten. Darunter verstehen die CorA-Trägerorganisationen verbindliche Instrumente, mit denen Unternehmen verpflichtet werden, die Menschenrechte sowie international anerkannte soziale und ökologische Normen beziehungsweise Standards zu respektieren.

Informationen unter: www.cora-netz.de



Kampagne für Saubere Kleidung

Die Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign / CCC) engagiert sich seit über 14 Jahren für die Einhaltung von Sozialstandards in der weltweiten Bekleidungsindustrie. Sie hat beispielhaft Kriterien entwickelt, nach denen Bekleidung produziert werden sollte, so zum Beispiel den CCC-Modellkodex, Beschwerdesysteme für die Beschäftigten und unabhängige Kontrollsysteme. Seit vielen Jahren beschäftigt sich die Kampagne für Saubere Kleidung intensiv mit Aspekten eines verantwortungsvollen Beschaffungswesens.

Informationen unter: www.saubere-kleidung.de

RUNDREISE

Infos aus erster Hand

Gäste aus Mexiko informieren über Arbeitsdruck und Hungerlöhne in der Computerproduktion

Über 18 Milliarden Euro jährlich investieren Bund, Länder und Kommunen laut Bitkom (Bundesverband Informationswirtschaft) in die Beschaffung von Informationstechnologien.

Das Centro de Reflexión y Acción Laborales (CEREAL) in Guadalajara (Mexiko) hat Arbeiterinnen aus der mexikanischen Computerproduktion zu ihren Löhnen befragt.

„Wir haben auf Grundlage zahlreicher Testimonials errechnet, dass der staatlich festgelegte Mindestlohn von

zirca 100 Pesos am Tag lediglich 60 Prozent des Grundwarenkorb abdeckt. Dies führt dazu, dass einige Arbeiterinnen – vor allem alleinerziehende Mütter – dadurch gezwungen, sind nach Fabrikschluss noch eine weitere Arbeit anzunehmen, um finanziell für sich und ihre Kinder sorgen zu können. Diese Arbeiterinnen leben im Dauerstress, und die wenige Zeit, die ihnen zum Ausruhen bleibt, verbringen sie mit Hausarbeit“, hat CEREAL festgestellt.

Rubenia Guadalupe Delgado Figueroa, 32 Jahre, arbeitet seit

Termine:

- 27. April: Berlin
- 28. April: Freiburg
- 03. Mai: Hannover
- 04. Mai: Düsseldorf



Kommt nach Deutschland: Rubenia Figueroa

sechs Jahren beim Centro de Reflexión y Acción Laborales in Guadalajara. CEREAL hilft seit mehr als 30 Jahren Indigenen und Arbeiterinnen bei der Weiterbildung und Organisation. •

IMPRESSUM

Herausgeber: Christliche Initiative Romero (CIR), Frauenstraße 7, 48143 Münster; CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, Eldenaer Straße 60, 10247 Berlin; Kampagne für Saubere Kleidung, c/o VEM, Rudolfstraße 135, 42285 Wuppertal. Redaktion/Texte: Johanna Fincke (V.i.S.d.P.), Thomas Krämer, Joana Eink, André Hagel, Christiane Schnura. Gestaltung: GrafikDesign Edith Jaspers, Hamburg. Druck: Caro Druck, März 2010

Gefördert von InWEnt gGmbH aus Mitteln des BMZ



Die Veröffentlichung wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein die Christliche Initiative Romero verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.



BESTELLSCHEIN

	Preis	Stückzahl
Aktionszeitung: „Jede Kommune zählt“ (vorliegend)	kostenlos	
Protestpostkarte „Jede Kommune zählt“	kostenlos	
Faltblatt mit Postkarte: Keine Ausbeutung mit Steuergeldern – Ein Aktionsplan für sozial-ökologische Beschaffung jetzt!	kostenlos	
Aktionsplan für sozial-ökologische öffentliche Auftragsvergabe, 40 Seiten	3,00 €	
CIR-Infopaket	kostenlos	
DVD: Kleider machen Leute – jeweils 10-minütige Filmbiträge über Arbeitsbedingungen in der Textilproduktion	6,00 €	
Faltblatt: Das CorA-Netzwerk	kostenlos	

Alle Bestellungen zzgl. Versandkosten. Bestelladresse: Christliche Initiative Romero (CIR), Frauenstr. 7, 48143 Münster, Telefon 0251-89503, Fax 0251-82541, cir@ci-romero.de, www.ci-romero.de

Name

Adresse

Datum, Unterschrift



Sommer 2009 Die Stadt Dortmund fordert das Bekleidungsunternehmen Hess Natur zu einer Angebotsabgabe für faire T-Shirts auf. Hess Natur ist bis heute das einzige deutsche Arbeitsbekleidungsunternehmen, das die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien nachweisen kann. Hess Natur eröffnet daraufhin eine Großkundenabteilung für die öffentliche Hand.



Herbst 2009 Das Land Bremen beschließt die Einhaltung aller ILO-Normen bei der öffentlichen Vergabe.



2010 Insgesamt 172 deutsche Kommunen haben Beschlüsse gegen ausbeuterische Kinderarbeit beziehungsweise zur Einhaltung von Arbeitsstandards in der Herstellung von Produkten für die öffentliche Hand gefasst.